

# „Bürger müssen Politikern in den Hintern treten“

Von Bettina Holleczek

„Sie müssen als Bürger die Kraft aufbringen, den Politikern in den Hintern zu treten, damit es voran geht“, erklärte UWG-Fraktionschefin Gisela Tokloth-Moormann vor rund 200 Teilnehmern zum Ende einer Demonstration vor dem Kaarster Rathaus. Auch ohne diese Aufforderung zeigten die vom ansteigenden Grundwasser Betroffenen Bürgermeister Franz-Josef Moormann deutlich, was sie erwarten: Sie übergaben ihm rund 1 000 Unterschriften und einen umfangreichen Katalog mit Forderungen an den Stadtrat und die Verwaltung.

Sie zogen mit Plakat-Tafeln rund um den Wochenmarkt und erinnerten die Ratsvertreter an ihr Wahlversprechen, zum Wohle der Bürger zu arbeiten. Sogar die betroffenen Nachbarn aus Korschbroich um Bürger-Sprecher Hubert von Grabczewski waren mit von der Partie. Sie alle wollten wissen: „Sagen Sie uns klipp und klar – gibt es Hilfe, nein oder ja?“ Und sie betonten: „Es ist die Pflicht der Politik, zu handeln – und zwar quick.“ Mit ihren Unterschriften forderten die Betroffenen aus Vorst und Holzbüttgen (allen voran Klaus-Dieter Pruss als Vorsitzender der Grundwasser-Kommission und Dr. Joachim Lorenz als Chef des Förderkreises Holzbüttgen) darüber hinaus die Stadt auf, sie solle auf die „Einrede der Verjährung“ verzichten – dies gäbe den Bürgern längerfristig die Chance, Haftungsansprüche an die Kommune geltend machen zu können.

„Das wäre der beste Vertrauensbeweis“, so eine Demonstrations-Teilnehmerin. 32 Anfragen dieser Art hatte die Verwaltung bereits abgelehnt, und Franz-Josef Moormann machte am

Samstag erneut deutlich: „Ich kann nicht im luftleeren Raum eine juristische Erklärung gegenzeichnen.“ CDU-Fraktionschef Norbert Kallen, neben UWG-Ratsfrau Tokloth-Moormann der einzige offizielle Ratsvertreter der Parteien bei der „Grundwasser-Demo“, erläuterte: „Die Versicherung der Kommune würde jede Haftung ablehnen, wenn die Stadt auf die Einrede der Verjährung verzichten würde – damit würde sie sich selbst des Versicherungsschutzes entheben.“

Versicherung hin, Versicherung her: „Wir bangen um unsere Gesundheit und um unsere Immobilien“, zeigte Dr. Lorenz die Situation im „Epi-Zentrum der Betroffenheit, südlich und nördlich des Nordkanals sowie flächendeckend in Vorst“ auf und griff Moormann an: „Uns bleibt nur, öffentlich Druck auszuüben, denn die Verwaltung arbeitet nur scheinbar für die Bürger.“ Dr. Jürgen Theuer führte das Rechtsgutachten von Professor Stürer als eine „erste Maßnahme der Stadt gegen die Interessen der Bürger“ an. Der Verwaltungschef wehrte sich gegen diese Kritik und verwies darauf, auch wenn die Betroffenen „nicht mit all dem einverstanden sind, was bisher unternommen wurde“, habe er „kein einziges Gespräch mit den Bürgern abgelehnt“. Er lud sie ein, „die Sachfragen gemeinsam zu beraten“. Denn im Grunde habe „die Stadt Kaarst wirtschaftlich gesehen das selbe Problem wie die Betroffenen“, so Moormann. Deshalb werde die Stadt mit der Grundwasser-Kommission zusammenarbeiten, wenn auch nicht auf der Basis eines Gesellschaftervertrages. Norbert Kallen machte mit Blick auf die von den Bürgern geforderten „kurzfristigen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren im nächsten Winter“ deutlich: „Wir können die Kappung von Grundwasser-Spitzen nicht allein regeln, das geht nur mit der wasser-



Rund 200 Demonstranten forderten Stadt und Politiker zum Handeln auf: Die vom ansteigenden Grundwasser Betroffenen um Klaus-Dieter Pruss (r.) übergaben 1 000 Unterschriften an Franz-Josef Moormann (l.). NGZ-Fotos (2): M. Feuter



rechtlichen Erlaubnis der Bezirksregierung.“ Er unterstrich daher die Forderung nach einer Koordinierungsstelle auf übergeordneter Ebene.

Als ersten Schritt wolle die Stadt Kaarst gemeinsam mit dem Zweckverband Nordkanal „eine Untersuchung

dennoch: „Es beantwortet bedauerlicherweise nicht alle Fragen bezüglich des Nordkanals und der bestehenden Grabensysteme.“ Dann solle er Ergebnisse bei Düllmann anfordern, oder die anvisierten 10 000 Mark aus der Kaarster Stadtkasse für das Gutachten

und Pflegemaßnahmen am Nordkanal vornehmen“, kündigte der Bürgermeister an, der auch als Vorsteher des Zweckverbandes fungiert. Moormann hielt zwar das Düllmann-Gutachten für eine „wissenschaftlich beachtenswerte Leistung“, erklärte aber

zurückhalten, regte der Korschbroicher Bürger-Sprecher Hubert von Grabczewski an. Auch andere Demonstrations-Teilnehmer stellten die Glaubwürdigkeit des Gutachtens mit Blick auf die Bevorzugung bautechnischer Lösungen in Zweifel: „Die Wirtschaftlichkeits-Berechnung ist schlichtweg falsch.“ Zu hinterfragen seien laut Moormann aber auch die Prognosen des Erftverbandes zu künftigen Grundwasser-Ständen, da der Verband mit Zahlen arbeite, aus denen „die bisherigen Grundwasser-Entnahmen herausgerechnet“ seien. Und Moormann äußerte: „Ich habe inzwischen Zweifel daran, dass Rheinbraun keine Auswirkungen auf das Kaarster Stadtgebiet hat.“